

Ausland zu importieren.

Die Anwendung der Leasing-Methode, um Technologie und Ausrüstungen zu importieren, nimmt wenig Zeit in Anspruch und führt schnell zu Ergebnissen. Verglichen mit anderen Methoden der Nutzbarmachung von ausländischem Kapital, wie z.B. Außenhandel und Kredite, kann mittels Leasing die Aufbringung von Fonds und der Import von technologischen Ausrüstungen gleichzeitig durchgeführt werden, so daß die komplexe Prozedur, zunächst Banken um Kredite anzugehen und danach Importgesellschaften mit der Aufgabe des Kaufs der Ausrüstungen zu betrauen, vereinfacht wird. Leasing zeichnet sich insbesondere durch wenige intermediäre Stadien, eine schnelle Geschwindigkeit bei der Einführung und Bildung von Produktionskapazität aus ...

Bei der Anwendung der Leasing-Methode zum Import technologischer Ausrüstungen kann der Leasingnehmer direkt mit dem Leasinggeber Kontakt aufnehmen und verhandeln. Dies erleichtert den Vergleich, die Überprüfung, die Auswahl, Transaktionen vor Ort und ermöglicht andere vorteilhafte Bedingungen ...

Bei der Nutzung des Leasing zum Import technologischer Ausrüstungen sieht der Vertrag im allgemeinen vor, daß der Leasinggeber für die Installierung und Wartung der Ausrüstungen, für die Ausbildung des benötigten Personals, für technologische Dienstleistungen und mögliche Gefahren, die auftauchen können, verantwortlich ist. Dies bringt den Leasingnehmer in die Lage, sich technologische Dienstleistungen relativ besser zu verschaffen und schneller die Funktionen der Ausrüstungen und andere wirtschaftliche und technologische Ziele zu begreifen, so daß die importierten technologischen Einrichtungen prompt den Betrieb aufnehmen können.

Die Anwendung der Leasing-Methode ... kann das Unternehmen angesichts der knappen Kapitalfonds in die Lage versetzen, weniger Geld auszugeben, doch viel zu erreichen ...

Mittels des Leasings ist es auch möglich, gewisse fortgeschrittene Technologien zu erhalten, die normalerweise ausländischen Restriktionen unterliegen. Unter den üblichen Bedingungen stößt die Nutzung ausländischen Kapitals neben den Auswirkungen des Investitionsklimas oft auf gewisse Restriktionen, die die wirtschaftlich fortgeschrittenen Länder für den Export von Technologie vorgesehen haben. Zum Beispiel üben gewisse Länder zum

Zwecke des Schutzes und der Aufrechterhaltung ihrer Führungsposition in der technologischen Entwicklung relativ strikte Kontrollen auf technologische Ausrüstungen aus; sie untersagen den Export in andere Länder. Verkäufe unterliegen auch immer bestimmten Bedingungen. Doch bei der Anwendung der Leasing-Methode verbleibt das Eigentumsrecht an den Einrichtungen beim Leasinggeber, und die Transaktion stellt keinen Verkauf dar. Deshalb wird sie im allgemeinen nicht durch Restriktionen beeinträchtigt.

Kredite werden aufgrund gesetzlicher Regelungen als zur Auslandsverschuldung eines Landes gehörend betrachtet. Des weiteren werden sie unter der Voraussetzung einer definitiven Zahlungsfähigkeit beurteilt. Andererseits werden Kredite für das Leasing nicht im rechtlichen Sinne als Kreditform betrachtet. Internationale Währungsorganisationen, wie z.B. der Weltwährungsfonds, betrachten im allgemeinen das Leasing nicht als Auslandsverschuldung eines Landes. Deshalb ist es mittels der Form des Leasings möglich, mehr ausländisches Kapital zu nutzen und mehr technologische Ausrüstungen, die vom Land dringend benötigt werden, zu importieren.

Die mit dem Leasing verbundenen Probleme sind wie folgt: (1) Da die Zahlungen des Mietzinses der Leasing-Ausrüstungen über eine längere Periode gehen, ist die Zahlung von Zinsen für die Leasing-Gebühren ebenso erforderlich. (2) Die Leasing-Zinsen müssen in Devisen bezahlt werden. Daher sollte überlegt werden, ob die gemieteten Ausrüstungen nach der Inbetriebnahme Exportprodukte herstellen und auf diese Weise Devisen erzielen können, um die Leasing-Zinsen zahlen zu können. (3) Da die Zahlungen von Leasing-Zinsen über einen längeren Zeitraum gehen, müssen in der Zwischenzeit die Risiken möglicher Veränderungen der Wechselkurse für Devisen getragen werden." (HQ, 16.9.86, zit. nach SWB, 18.10.86) -lou-

*(36)

Technologische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen VR China und DDR

Zum Abschluß des Besuches von DDR-Staats- und Parteichef Honecker in Beijing unterzeichnete Vizepremier Li Peng und der stellvertretende Staatsratsvorsitzende der DDR, Mittag, ein langfristiges Abkommen über wirtschaftliche und wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit. Außerdem wurde ein Protokoll, das den Warenaustausch und Zahlungsverkehr für 1987 regelt, unterzeichnet.

Während es sich bei dem Handels- und Zahlungsprotokoll um eine Routinevereinbarung handelt, steckt das neue Abkommen den langfristigen Rahmen für die von beiden Seiten angestrebte Zusammenarbeit auch im Technologiebereich ab. Mit einer Laufzeit von fünfzehn Jahren hat es unter den vergleichbaren Vereinbarungen, die die Volksrepublik bisher mit osteuropäischen Ländern abgeschlossen hat, die längste Laufzeit. Nach Angaben aus der DDR-Delegation liegen die Schwerpunkte in der Elektrotechnik, dem Werkzeugmaschinenbau und der Rohstoffveredelung mit einem deutlichen Akzent bei der Hochtechnologie. Außerdem sieht das Abkommen die Beteiligung der DDR an der Ausbildung von Technikern und Ingenieuren sowie an der technischen Modernisierung chinesischer Betriebe vor.

Die Volksrepublik bestellte in der DDR 300 Eisenbahnwaggons im Wert von 200 Mio. DM. Nach dem Kauf von 1.000 Kühlwaggons im März 1986 mit einem Gesamtwert von 366 Mio. DM ist das der zweite große Auftrag des Jahres 1986 aus der Volksrepublik für die Schienenfahrzeugindustrie der DDR. Nach Auskunft der China National Machinery Import and Export Corp. in Beijing handelt es sich in beiden Fällen um Barter-Geschäfte.

Das Handelsvolumen der DDR mit der Volksrepublik, das 1985 rd. 750 Mio. DM erreichte, bewegt sich trotz hoher Zuwachsraten seit 1984 noch auf einem relativ niedrigen Niveau. Die DDR liegt unter den Ostblock-Handelspartnern nach der Sowjetunion, Polen und Rumänien erst auf dem vierten Platz. Zu den wichtigsten Exportgütern der DDR gehören Schienenfahrzeuge, Lastwagen und Druckmaschinen. Die Chinesen liefern vor allem Textilien, Spezialrohstoffe und Agrarprodukte. (NfA, 28.10.86; FAZ, 22.10.86) -lou-

BINNENWIRTSCHAFT

*

*

*(37)

Erdgasprojekt durch niedrige Ölpreise beeinträchtigt

Am 28.9.1985 wurde in Beijing ein Vertrag über die Entwicklung eines Erdgasfeldes nahe der Insel Hainan abgeschlossen. Vertragspartner waren die China National Offshore Oil Corp. (CNOOC) und Atlantic Richfield Corp. (Arco). Vgl. dazu C.a., September 1985, S.597 f. Nach Angaben chinesischer Funktionäre ist dieses Projekt hauptsächlich durch den Verfall der Öl- und Gaspreise sowie die Abwertung des Renminbi hart getroffen worden.

He Yuanqing, Geschäftsführer des Hongkonger Büros der CNOOC, erklärte, daß das Projekt nach den ursprünglichen Kostenschätzungen und den jetzigen Öl- und Gaspreisen für die Chinesen nicht profitabel sei. Die CNOOC bat Arco, den Preis für deren Gasanteil zu senken.

Arco hat bereits 100 Mio. US\$ in die Exploration gesteckt. Dieses Geld wäre verloren, falls das Projekt nicht verwirklicht werden könnte. Falls China das Projekt aufschiebt oder aufgibt, würde dies das Vertrauen der ausländischen Investoren dämpfen.

Die CNOOC, die sich mit der Verteilung des Erdgases befaßt, plant den Bau einer 1.050 km-langen Pipeline von der Fundstelle bis nach Guangzhou und in die Sonderwirtschaftszone Shenzhen.

Im Erdgasvertrag gibt es zwei wichtige Auflösungsklauseln. Die Partner können sich aus dem Vertrag zurückziehen, wenn eine zweite Bewertung des Gasfeldes - die jetzt von Arco vorgenommen wird - ergibt, daß die Reserven unterhalb der ursprünglichen Schätzung liegen, und wenn der Markt für Erdgas sich als nicht gewinnbringend herausstellt.

He Yuanqing schätzt, daß die Kosten des Erdgases sich auf zwischen 0,10 und 0,20 US\$ pro cbm belaufen werden. In diesen Zahlen sind der Verkaufspreis von Arco sowie die Transportkosten enthalten. Nach einer Weltbankstudie zahlen jedoch einige Unternehmen in der Provinz Guangdong weniger als 0,05 US\$ pro cbm Erdgas, da die Regierung dieses Gas subventioniert. Eine von der CNOOC durchgeführte Studie ergab, daß das Erdgas nur dann konkurrenzfähig sein wird, wenn die Ölpreise, die gegenwärtig 14 US\$ pro barrel betragen, wieder auf 20 US\$ pro barrel anziehen.

Auch die Auswirkungen der großen Abwertung des Renminbi gegenüber dem US-Dollar im Juli 1986 werden nun spürbar. Da CNOOC das von dem ausländischen Partner gelieferte Gas in Devisen bezahlen muß, bedeutet die Abwertung, daß das staatseigene Unternehmen die Inlandsverkäufe beträchtlich ausweiten muß, um die Rechnung von Arco bezahlen zu können.

Eine andere Möglichkeit besteht darin, Deviseneinnahmen zu erhöhen. Die CNOOC bemüht sich, Gas an die Hongkong and China Gas Corp. zu verkaufen. Die CNOOC hofft, daß Hongkong and China Gas von der Verarbeitung von Naphtha auf Erdgas übergehen wird. Die Verkäufe nach Hongkong würden dann etwa 25% der jährlichen Spitzenproduk-

tion des Gasfeldes ausmachen. Die Produktion, die im Jahre 1989 anlaufen soll, wird sich nach offiziellen Schätzungen in der Volksrepublik um das Jahr 1992 auf 3,25 Mrd. cbm belaufen. Chinesische Funktionäre erklärten, daß die Reserven des Erdgasfeldes größer als die ursprünglich geschätzten 90 Mrd. cbm seien. Im Jahre 1984 betrug die gesamte Erdgasproduktion der Volksrepublik 12,43 Mrd. cbm. (AWSJ, 2.10.86; Financial Times, 7.10.86) -lou-

*(38)

Wissenschafts- und Industriepark in Shenzhen

Am 30. Juli 1985 wurde die Shenzhen Science and Industry Park Corp. gegründet, die einen Versuch darstellt, moderne Wissenschaft und Technologie mit der Produktion zu kombinieren. Die Gesellschaft wurde von der Stadtregierung Shenzhen und der chinesischen Akademie der Wissenschaften (Academia Sinica) gegründet. Ziel dieses Unternehmens ist es, sowohl chinesische als auch ausländische moderne Technologien einzuführen, ausländische Investitionen einzubringen, neue technologieorientierte Unternehmen aufzubauen sowie moderne Produkte zu entwickeln und zu produzieren. In dem Gelände des Parks werden verschiedene Zentren für Forschung, Information, Telekommunikation, Ausbildung sowie eine Experimentationsstation gegründet; alle nötigen Einrichtungen werden zu diesem Zweck beschafft, um die bestmöglichen Voraussetzungen für die potentiellen Kooperations- und investitionswilligen Unternehmen zu schaffen.

Folgende Schwerpunkte werden berücksichtigt: 1. Mikroelektronik, Fotoelektronik, Präzisionsinstrumente, neue Materialien, Biotechnologie, Energie- und Schiffahrtstechnologie. 2. Öffentliche Dienstleistungen. 3. Import-Export-Aktivitäten. 4. Technologie allgemein und Patenttransfers.

Der Industriepark wird sich im wesentlichen auf die wissenschaftlichen und technologischen Leistungen der Academia Sinica verlassen können; des weiteren wird versucht werden, eine enge Verbindung mit entsprechenden Universitätsinstituten, Industrieabteilungen und anderen Forschungsinstituten aufzubauen. Einbezogen in die Kooperationsbemühungen werden bekannte Wissenschaftler, Experten sowie Unternehmer sowohl aus der Volksrepublik China als auch aus dem Ausland als Berater.

Wie der Generalmanager der Shenzhen Science and Industry Park Corp., Zhang Yiyi, bei einem Besuch in Hamburg mitteilte, seien

bislang zwei Unternehmen im Rahmen des Industrieparkes gegründet worden. Ein chinesisches Unternehmen stellt Industriediamanten her. Ein anderes Unternehmen, gegründet von einer chinesischen wie einer singapurischen Firma mit einer Kapitalausstattung von 2 Mio. US\$, stellt Diskettentreiber her. -lou-

*(39)

Erfahrungen mit dem Patentschutz

Das Handelsblatt vom 16.10.1986 veröffentlichte einen Artikel von Dr. Erich Häußler, Präsident des Deutschen Patentamtes in München. Es folgen wichtige Passagen aus diesem Artikel:

"Das Deutsche Patentamt (DPA) hat seit 1978 Kontakte zu chinesischen Regierungsstellen, insbesondere zu dem 1980 errichteten Chinesischen Patentamt (CPA). Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Patentämtern ist Gegenstand der Regierungsvereinbarung vom 22. August 1983 über das 'Projekt zur Förderung des Patentwesens in der VR China'.

Ziel dieser zunächst bis 1988 geplanten umfangreichen Zusammenarbeit ist der Aufbau des Patentsystems in China, insbesondere der Aufbau des CPA zu einem modernen prüfenden Patentamt ...

Das für China neue System technischer Schutzrechte wurde von Anfang an auch im Inland voll angenommen. Vom 1. April bis 31. Dezember 1985 gingen beim CPA insgesamt 14.372 Anmeldungen ein, von denen 8.558 (59,5%) Patent-Anmeldungen, 5.174 (36%) Gebrauchsmuster-Anmeldungen und 640 (4,5%) Geschmacksmuster-Anmeldungen betrafen. Von diesen Anmeldungen entfielen 9.400 auf chinesische Anmeldungen, während 4.961 Anmeldungen auf Ausländer zurückgingen. Es ergab sich somit ein sehr günstiges Verhältnis von etwa 65,5% Inlandsanmeldungen zu 34,5% Auslandsanmeldungen. Bei Patent-Anmeldungen standen allerdings 4.065 Inlandsanmeldungen 4.493 Auslandsanmeldungen gegenüber, die von Ausländern eingereicht wurden; dies entspricht einem Verhältnis von 47,5 zu 52,5%.

Bei den ausländischen Anmeldern lag Japan mit 1.733 Anmeldungen (1.490 Patente, 59 Gebrauchsmuster und 184 Geschmacksmuster) mit weitem Abstand an der Spitze vor den USA mit 1.235 Anmeldungen und der Bundesrepublik Deutschland mit 509 Anmeldungen.

Die somit von Anfang an überaus positive Entwicklung des chinesischen Patentsystems setzte sich im 1. Halbjahr 1986 fort. Insgesamt gingen in der Zeit vom 1. Januar bis

30. Juni 1986 beim CPA 8.308 Anmeldungen ein (4.026 Patente, 3.969 Gebrauchsmuster und 314 Geschmacksmuster), wobei 5.786 (69,64%) von Inländern und 2.522 (30,35%) von Ausländern eingereicht wurden. Bei den Patentanmeldungen ging jedoch der Anteil der chinesischen Inlandsanmeldungen leicht zurück: Von den insgesamt 4.026 Patentanmeldungen waren 1.636 (40,64%) Inlandsanmeldungen und 2.390 (59,36%) Auslandsanmeldungen. Dagegen ist der Auslandsanteil bei Gebrauchsmustern verschwindend gering: Von den 3.923 Gebrauchsmuster-Anmeldungen stammen lediglich 45 von ausländischen Anmeldern. Für den Bereich Geschmacksmuster ist dagegen ein größeres Interesse ausländischer Anmelder festzustellen: Von insgesamt 314 Geschmacksmuster-Anmeldungen gingen 227 (72,3%) auf chinesische Anmelder und 87 (27,7%) auf ausländische Anmelder zurück ...

Zusammenfassend ergibt sich, daß technische Schutzrechte in China von der einheimischen Wirtschaft und von ausländischen Firmen als wichtige Instrumente im technischen und wirtschaftlichen Wettbewerb erkannt und benutzt werden. Daß chinesische Anmelder eine deutlichere Neigung zum Gebrauchsmusterschutz zeigen als zur Inanspruchnahme von Patenten, kann in dieser Anfangsphase des industriellen und wirtschaftlichen Aufschwungs nicht verwundern, zumal, da sich eine ähnliche Entwicklung bis zum Jahre 1980 in Japan vollzog. Die im Vergleich zu anderen Industrienationen nur geringe Inanspruchnahme gewerblicher Schutzrechte in China durch Anmelder aus der Bundesrepublik Deutschland legte die Vermutung nahe, daß die Bedeutung von Schutzrechten für die Teilnahme am Wettbewerb auf einem großen Markt hier verkannt wird. Alles in allem ergibt sich, daß mit wachsenden Anmeldungszahlen beim CPA zu rechnen ist. Bei gleichbleibender Entwicklung erscheinen schon im Jahre 1986 18.000 bis 20.000 Neuanmeldungen als realistische Einschätzungen; die den Planungen zugrunde gelegte Zahl von jährlich 30.000 Anmeldungen dürfte innerhalb von fünf Jahren erreicht oder überschritten werden." (HB, 16.10.1986) -lou-

* (40)

Hauseigentum wird besteuert

Am 11. Oktober 1986 traten die "Provisorischen Regelungen der Volksrepublik China über die Steuer für Hauseigentum" in Kraft. Artikel 2 schreibt vor, daß die Hauseigentumssteuer vom Eigentümer bezahlt werden muß. Falls der Eigentümer der Staat ist, muß die Steuer von der

Einheit gezahlt werden, die das Eigentum verwaltet. Falls das Eigentum hypothekarisch belastet ist, so muß der Hypothekengeber die Steuer zahlen. Falls der Eigentümer oder der Hypothekengeber nicht in dem Eigentum wohnen oder falls über die Eigentumsrechte noch nicht entschieden worden ist oder falls Dispute über die Leasing- bzw. die hypothekarische Belastung des Eigentums noch nicht entschieden sind, soll die Steuer vom Agenten oder vom Nutzer des Eigentums getragen werden.

Nach Art. 3 wird die Hauseigentumssteuer auf der Basis des Wohnwertes festgesetzt und gezahlt - vom ursprünglichen Wert des Eigentums werden zwischen 10-30% in Abzug gebracht. Besondere Abzugsregelungen werden von den Volksregierungen der Provinzen, autonomen Regionen und regierungsunmittelbaren Städte bestimmt werden. Falls der ursprüngliche Wert des Hauses nicht vorliegt, um die Einschätzung vorzunehmen, so wird der Wert entsprechend dem Wert eines vergleichbaren Hauses durch das Besteuerungsorgan an dem Ort, an dem sich das Haus befindet, vorgenommen werden. Falls das Haus vermietet wird, so wird der Mietzins als Basis für die Einschätzung der Haussteuer dienen.

In Art. 4 wird festgesetzt, daß, falls die Haussteuer in Übereinstimmung mit dem Wohnwert gezahlt wird, sich die Steuer auf 1,2% beläuft. Falls die Steuer in Übereinstimmung mit dem Mietzins gezahlt wird, so beträgt die Steuerrate 12%.

Artikel 5 listet jene Fälle auf, die von der Steuerzahlung befreit sind. Artikel 6 schreibt Sonderregelungen für jene fest, die Schwierigkeiten bei der Steuerzahlung haben.

Nach Art. 7 werden die Haussteuern jährlich erhoben und in Raten gezahlt. (Xinhua, 25.9.1986, zit. nach SWB, 30.9.1986) -lou-

* (41)

Erster erfolgreicher Prozeß gegen falsche Werbung und fehlerhafte Produkte

Zum ersten Mal ist ein chinesisches Unternehmen von einem anderen Unternehmen erfolgreich wegen falscher Werbung und fehlerhafter Produkte verklagt worden. Der Höhere Volksgerichtshof von Shanghai entschied am 17. September 1986, daß die Thermal-Isoliermaterialfabrik Wuxi in der Provinz Jiangsu 35.000 Yuan an die Petrochemischen Werke von Shanghai zu zahlen hat, nachdem die Produkte der Wuxi zum Tod und zu Sachschaden geführt hatten. Wuxi hatte behauptet, daß neue Isoliermaterial

sei feuerbeständig, während es tatsächlich entzündbar war. Am 7. Dezember 1983 war in den Petrochemischen Werken von Shanghai ein Feuer ausgebrochen, als ein Funke aus einem Schweißgerät die Dachisolierung des Gebäudes in Brand gesetzt hatte. Eine Gruppe von Bauarbeitern sowie ein Ingenieur, die sich in dem Gebäude aufhielten, wurden getötet, während das gesamte Dach, insgesamt 1.400 qm, zusammen mit einigen importierten Ausrüstungen zerstört wurden.

Im April 1984 verklagte das Shanghaier Unternehmen die Fabrik aus Wuxi vor dem Intermediären Volksgerichtshof von Shanghai, der die Fabrik aus Wuxi zu 35.000 Yuan Kompensationszahlung an das Unternehmen aus Shanghai verurteilte. Rechtsgrundlage waren die "Regelungen betreffend die Überwachung von Werbeanzeigen", die vom Staatsrat im Jahre 1982 erlassen worden waren. Wuxi legte beim Höheren Gerichtshof Berufung ein, der jedoch wies die Berufung zurück und bestätigte das Urteil des Intermediären Gerichtshofes. Gleichzeitig entschied der Gerichtshof, daß die Baugruppe, die zum Ministerium für die Nuklearindustrie gehört, 81.000 Yuan an die Shanghaier Petrochemische Fabrik zu zahlen habe, und zwar für die Ausführung von Schweißarbeiten nahe dem isolierten Dach, bevor sichergestellt worden sei, ob das Isolationsmaterial feuerfest war. Nach einer Aussage des Präsidenten des Intermediären Gerichtshofes von Shanghai beachteten gegenwärtig einige Unternehmen die Regeln über Werbeanzeigen nicht, während einige Konsumenten sich nicht darüber im klaren seien, daß ihnen in Fällen von Verlust oder Beschädigung der Rechtsweg offen stehe. (XNA, 9.10.1986, zit. nach SWB, 11.10.86). -lou-

* (42)

Unterschiede zwischen Arbeitsvertragssystem und Lohnarbeits-system

In der Volkszeitung vom 23. September 1986 erschien ein Artikel von Bao Tian über den Unterschied zwischen dem Arbeitsvertragssystem und dem Lohnarbeits-system. Es folgten wichtige Passagen aus diesem Artikel:

"Das Arbeitsvertragssystem wird jetzt bei jenen Arbeitern und Angestellten angewendet, die neu in die staatseigenen Unternehmen der Volksrepublik aufgenommen werden. Dies ist ein Schritt vorwärts und hat große Bedeutung für die Reform des Arbeitssystems ...

Erstens ist die materielle und technische Grundlage der modernen so-

zialisierten Massenproduktion in einem ständigen Wandel begriffen. Mit der Anpassung der Industriestruktur werden große Mengen von Fonds, technischem know-how und Arbeitskräften von einer Abteilung, von einem Gewerbezweig und Unternehmen zum anderen transferiert ... Gleichzeitig werden mehr und mehr fortschrittliche Technologien und Ausrüstungen in der Produktion angewendet, und die Anforderungen an die technischen Fähigkeiten der Arbeiter steigen kontinuierlich, während die Unternehmen die Aufrechterhaltung einer relativen Stabilität hinsichtlich der technischen Arbeitskräfte fordern. Eine solche Einheit zwischen der Stabilität und dem Strom von Arbeitskräften wird durch die sozialisierte Massenproduktion bestimmt. Unter den Bedingungen der sozialisierten Massenproduktion folgt man sowohl in kapitalistischen wie auch die sozialistischen Ländern diesem Gesetz, um den normalen Fortschritt der Produktion sicherzustellen. Das Arbeitsvertragssystem ist eine relativ gute Methode, um die Einheit zwischen der Stabilität und der Bewegung der Arbeitskräfte sicherzustellen.

Zweitens sind mit der kontinuierlichen Entwicklung der Warenwirtschaft Kredite und Verträge als wirksame Methoden der Verbindung zwischen den Warenproduzenten immer vollständiger, perfekter und universeller geworden. In der stetig sich verändernden modernen Warenwirtschaft verändern sich Angebots- und Nachfrageverhältnisse der Arbeitskräfte oft mit den Veränderungen in der Produktion. Solche Veränderungen spiegeln sich in der Integration von Arbeitskräften und Produktionsmitteln wider. Diese Integration sollte flexibel sein, anderenfalls wird sie nicht in der Lage sein, den Anforderungen der Warenproduktion zu entsprechen. Arbeitsverträge können eine solche Flexibilität besser darstellen ...

Oberflächlich betrachtet scheint es, daß es wenig Unterschiede zwischen dem Arbeitsvertragssystem der Volksrepublik und dem Lohnarbeitssystem in kapitalistischen Ländern gibt. Dies hat zu Mißverständnissen bei manchen Genossen geführt. Die Frage, wie das Wesen dieser Dinge zu beurteilen ist, spielt hier eine Rolle. Die Wesensunterschiede zwischen dem sozialistischen Arbeitsvertragssystem und dem kapitalistischen Lohnarbeitssystem können wie folgt beschrieben werden:

Erstens gründen diese beiden Arbeitssysteme auf unterschiedlichen Eigentumssystemen und unterschiedlichen Produktionsverhältnissen ...

Zweitens haben beide Systeme unterschiedliche Ziele. Die Kapitalisten kaufen ständig Arbeitskräfte und verbrauchen diese spezielle Ware im Produktionsprozeß. Ihr Ziel ist es, einen Mehrwert zu erzielen, der wesentlich höher ist als der Wert der Arbeit selbst. Das sozialistische Arbeitsvertragssystem andererseits hat zum Ziel, die Weisheit und Intelligenz jedes Arbeiters zum Zuge kommen zu lassen. Ferner sollen der Enthusiasmus und die Kreativität der Arbeiter und Angeestellten bei der produktiven Arbeit genutzt werden, um die Arbeitsproduktivität zu erhöhen und einen stetig wachsenden sozialen Reichtum zu schaffen, um den sozialen Bedürfnissen entsprechen zu können ...

Und drittens unterscheiden sich die beiden Vertragsparteien in ihren Positionen und Beziehungen. Die kapitalistischen Lohnarbeitsverhältnisse zeichnen sich dadurch aus, daß die Kapitalistenklasse und die Arbeiterklasse sich grundsätzlich in gegenüberstehenden Positionen befinden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer befinden sich in einem Verhältnis von Ausbeuter und Ausgebeuteten. Sozialistische Arbeitsverträge werden jedoch zwischen zwei Parteien abgeschlossen, und zwar auf freiwilliger Basis durch Verhandlung, die Positionen beider Parteien sind gleich ..." (RMRB, 23.9.86) -lou-

* (43)

Neubau und Ausbau von Flughäfen

Nach Aussagen eines Funktionärs der Civil Aviation Administration of China (CAAC) wird im Jahre 1987 mit dem Bau von 16 Lufthäfen in offenen Küstenstädten, wichtigen Wirtschaftszentren, Touristenstädten und abgelegenen Gebieten begonnen. Der Plan schließt neue Projekte sowie den Ausbau von Landebahnen und den Bau neuer Terminals ein. Ein Teil des Projektes ist darauf gerichtet, größere Flugzeuge, beispielsweise vom Typ Boeing 737 bzw. MD-80, aufzunehmen. Einige Flughäfen befinden sich in den offenen Küstenstädten, wie z.B. Ningbo und Wenzhou in Ost-China sowie Beihai und Shantou in Süd-China. Im November 1986 wird der Flughafen in Beihai in Betrieb genommen. Jeden Donnerstag und Sonntag wird die Route Guangzhou-Beihai-Nanning bedient werden.

Im Juli 1986 begann ein Erweiterungsprojekt auf dem Lufthafen von Shantou mit einem Volumen von 16 Mio. Yuan. Dieses Projekt wird Ende 1986 fertiggestellt werden.

Später im Jahre 1986 werden die Arbeiten an dem Internationalen Flughafen in der Sonderwirtschaftszone Shenzhen aufgenommen wer-

den. In der ersten Phase wird eine 2.800 m-lange Landebahn gebaut werden, die Flugzeuge vom Typ Boeing 737 sowie Trident aufnehmen kann.

1987 wird mit dem Bau von 16 Flughäfen in Baotou, Chengdu, Guilin, Hangzhou, Kunming, Nanjing, Shanghai, Shenyang und anderen Städten begonnen werden.

Die Volksrepublik hat nun 90 zivile Flughäfen, von denen acht Flugzeuge vom Typ Boeing 747 aufnehmen können. Flugzeuge vom Typ Boeing 737 und Trident können in 32 Flughäfen landen. Nach Aussagen von Hu Yizhou, dem Generaldirektor der CAAC, importierte seine Gesellschaft nahezu 100 Flugzeuge in den letzten fünf Jahren. Die Gesamtzahl der Flugzeuge beträgt 460. Das hat die Fluglinie in die Lage versetzt, die Zahl der Passagiersitze seit 1980 um 70% zu erhöhen. 1986 werden weitere 30 Jumbo-Jets, darunter Flugzeuge vom Typ Boeing 747 und Boeing 767, in Dienst gestellt. (XNA, 16.10.86) -lou-

* (44)

Gesetz zum Schutz von Software in Vorbereitung

Gegenwärtig wird in der Volksrepublik ein Gesetz zum Schutz der Integrität von fortgeschrittener ausländischer und inländischer Software vorbereitet. Der stellvertretende Minister für die Elektronikindustrie, Xie Gaojue, verkündete dies den ausländischen Teilnehmern auf dem 6. Symposium für Manager in Beijing.

Das Ministerium für die Elektronikindustrie sowie das Ministerium für Post und Telekommunikationswesen arbeiteten zusammen, so Xie, um Regeln für die Benutzung von Einrichtungen zu entwerfen. Software hat hohe Priorität in der Entwicklung der chinesischen Elektronikindustrie während des 7. Fünfjahresplanes (1986-1990). Das neue Gesetz soll der Förderung der Software-Technologie des Landes dienen. China wird weiterhin moderne Software-Technologie importieren und diese durch das Gesetz schützen. (XNA, 22.10.86) -lou-

* (45)

Weitere Entwicklung im Konkursfall von Shenyang

Auf einer Auktion, die am 25. September 1986 in Shenyang stattfand, wurden die Vermögenswerte der in Konkurs gegangenen Fabrik für explosionsichere Instrumente Shenyang für insgesamt 200.000 Yuan verkauft. Vgl. dazu C. a., Juli 1986, S. 421 ff. Die Fabrik wurde als Einheit verkauft. Die Abteilung für Ingenieurwesen der Gasversorgungsgesellschaft von Shenyang

überbot 300 Arbeitseinheiten und Einzelpersonen. Die Gebote begannen bei 150.000 Yuan. Als die Abteilung für Ingenieurwesen des Gasversorgungsunternehmens 200.000 Yuan bot, fiel der Hammer des Auktionators.

Für einige der Arbeiter der in Konkurs gegangenen Firma war der Verlust ihres Arbeitsplatzes nicht notwendigerweise eine schlimme Sache. Einer davon ist Song Guirong, 42 Jahre alt, der nun Kleider verkauft. Wie er der Nachrichtenagentur Xinhua mitteilte, verdiene er nun mehrfach so viel wie in der Fabrik.

Nach dem Konkursfall wurde 20 von den 71 Arbeitern gestattet, in Pension zu gehen, 20 wurden auf ihre Bitte hin in andere Unternehmen transferiert. Ein geistig behinderter Mann erhält aufgrund seiner Behinderung 40% seines Lohnes. Die übrigen 30 müssen jedoch selbst nach Arbeitsplätzen Ausschau halten. Um ihnen bei der Arbeitssuche zu helfen, stellt die Stadtregierung jedem, der ein privates Geschäft aufmachen will, einen zinsfreien Kredit in Höhe von 500 Yuan zur Verfügung.

Entsprechend den lokalen Konkursregelungen werden die Arbeitslosen 75% ihrer ursprünglichen Löhne während der ersten sechs Monate erhalten. Wenn sie immer noch arbeitslos sind, werden sie vom siebenten Monat an eine feste Entschädigungssumme von der Versicherungsgesellschaft erhalten. Nach 24 Monaten werden sie Sozialhilfe von der Abteilung für Zivile Angelegenheiten erhalten.

Die Fabrik pflegte die medizinische Behandlung der Arbeiter zu tragen, doch nach dem Konkurs müssen die Arbeiter dafür selbst zahlen. Die Regierung der Stadt plant nun, die vor dem Konkurs fällig gewordenen medizinischen Gebühren zu bezahlen.

Einige der arbeitslos gewordenen Arbeiterinnen und Arbeiter haben eine schlimme Zeit. Eine von ihnen ist Yin Yingshan, die arbeitslose stellvertretende Direktorin der in Konkurs gegangenen Fabrik. Zusätzlich zu ihrem schlechten Gewissen wegen des Konkurses befindet sie sich nach eigener Aussage in finanziellen Schwierigkeiten. Ihr Monatseinkommen wurde von 72 Yuan auf 54 Yuan reduziert. Sie und ihr Ehemann, der 104 Yuan pro Monat verdient, müssen einen Sohn und eine Tochter unterhalten. (XNA, 25.9.86; zit. nach SWB, 2.10.86; XNA, 13.10.86, Zit. nach SWB, 16.10.86) -lou-

*(46)

Getreideankaufsystem wird verbessert

Nach wie vor betrachtet die Führung die Entwicklung der Getreideproduktion mit einer gewissen Sorge. So hieß es beispielsweise in einem Kommentar der Volkszeitung, daß noch viel Arbeit zu tun sei, um die folgenden Produktionsziele zu erreichen: 450 Mio.t Getreide im Jahre 1990 und 500 Mio.t Getreide im Jahre 2000.

Ein am 20.10.1986 veröffentlichtes Rundschreiben des Staatsrates sieht vor, daß die Regierung allen Farmhaushalten 60 kg Kunstdünger sowie 30 kg Diesel für jede Tonne Getreide, die an den Staat geliefert wird, zur Verfügung stellen will. 20% des Getreidewertes, den die Haushalte an den Staat verkaufen, werden sie bereits als Vorauszahlung erhalten können. Nach dem neuen Vertragssystem müssen die Bauern nur eine bestimmte Menge Getreide an den Staat zu einem Festpreis verkaufen. Darüber hinaus kann das Getreide zu Marktpreisen an jedermann verkauft werden. Die Verträge werden dann abgeschlossen, wenn die Agenturen der Zentralregierung die Jahresquoten für die verschiedenen Gebiete festgelegt haben. Danach setzen Ausschüsse der Bauern jeweils die Mengen fest, die die individuellen Haushalte zu liefern haben, um diese Quoten zu erfüllen. Die Mengen der individuellen Haushalte basieren auf der Größe des Farmlandes.

In dem Rundschreiben hieß es, daß die Quoten für die individuellen Haushalte für das Jahr 1987 die gleichen sein werden wie für das Jahr 1986. Weiterhin hieß es, daß der Staat selbst Marktpreise für den sogenannten Überquotenweizen zahlen wird. (RMRB, 8.10.86; XNA, 21.10.86) -lou-

*(47)

Suzhou-Fluß soll gereinigt werden

Die schwarzen und stinkenden Gewässer des Suzhou-Flusses, der durch Shanghai fließt und in den Huangpu einmündet, sollen mittels eines großen Reinigungsprogramms geklärt werden. An der Einmündung des Suzhou-Flusses in den Huangpu kann man beobachten, wie das schwarze und übelriechende Wasser des Nebenflusses in das trübe Wasser des Hauptflusses einmündet. Der Suzhou-Fluß ist seit den 1920er Jahren schwer verschmutzt. 47% der industriellen Abwässer der Stadt aus den Fabriken der Vorstadt werden in den Suzhou-Fluß eingeleitet.

Mit Hilfe eines Kredites von der Weltbank in Höhe von 100 Mio.US\$ wird das Reinigungsprojekt zu ei-

nem der größten Projekte, das die Stadt je unternommen habe, so ein zuständiger Funktionär in Shanghai. Die Arbeiten sollen im Jahre 1987 beginnen. Nach der Fertigstellung im Jahre 1992 soll der jetzt schmutzige und stinkende Fluß wieder Wasserqualitäten haben, die von der staatlichen Behörde für Entwässerung festgesetzt worden sind. Seit 1983 hat die Stadtregierung 50 chinesische und australische Experten eingeladen, um die besten Methoden zu studieren, wie der Fluß zu reinigen sei. Die Stadtregierung hat bereits mehr als 100 Berichte erhalten.

Nach Aussagen des Funktionärs sollen entsprechend dem gegenwärtigen Plan die industriellen Abwässer und das Schmutzwasser, die in den Suzhou-Fluß fließen, gereinigt werden. Das gereinigte Wasser wird dann mittels eines Rohres, vier Meter im Durchmesser, zur Mündung des Yangzi umgeleitet. Das Projekt wird auch anderen Küstenstädten in China Erfahrungen zur Reinigung der Abwässer liefern können. (XNA, 25.10.1986) -lou-

TAIWAN

*

*

*(48)

Zurückhaltendes Engagement deutscher Investoren in Taiwan

Nach einem Bericht des Handelsblattes (25./26.10.86) hat Taiwan bislang 5,4 Mrd.US\$ ausländische Investitionen aufgenommen, davon kamen ein Drittel aus den USA und ein Viertel aus Japan. Die 25 auf der Insel engagierten bundesdeutschen Unternehmen, die im letzten Jahr mit 1.000 Mitarbeitern rund 400 Mio.DM umsetzten, sind am gesamten ausländischen Investitionsvolumen dagegen nur mit 93 Mio.DM (rund 45 Mio.US\$ nach dem gegenwärtigen Wechselkurs) beteiligt. Als Grund für das zurückhaltende Engagement der deutschen Investoren nannte die Zeitung die Befürchtung vieler Unternehmen, daß ein Engagement in Taiwan die Chancenmöglichkeit auf dem riesigen Markt des chinesischen Festlands mindern könnte.

Im Januar dieses Jahres hat der halbamtliche Vertreter Taiwans in Bonn, Shen Qi, in einer Rede vor dem Kontroll Yuan in Taipei die deutschen Investitionen in Taiwan auf 80 Mio.US\$ beziffert. Darüber hinaus haben 40 deutsche Firmen Beziehungen mit Taiwan in technischer Zusammenarbeit (ZYRB, 22.1.86).

Den Statistiken der Investitionskommission des Wirtschaftsministeriums Taiwans zufolge wurden in den